

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 1.30 Mark pro Monat
Einzeln 10 Pfennig

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsmonatige
Anzahl oder deren Raum 60 Pf.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 2. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Friedensangebot — abgelehnt!

Die Note der Gegner.

Die „Agence Havas“ meldet vom 30. Dezember:

Die Antwort der Alliierten auf die Note der feindlichen Mächte betreffend den Vorschlag auf Eröffnung von Friedensverhandlungen ist heute abend dem Vorschlag der Vereinigten Staaten durch Ministerpräsident Briand im Namen der alliierten Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, England und Serbien übergeben worden, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinigt die Waffen niederzulegen. Sie haben beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande übergeben worden sind.

Bei jeder Antwort hielten sich die alliierten Mächte für verpflichtet, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen wollen und die den Sieg der Centralmächte verkünden. Die Alliierten können diese doppelte unrichtige Behauptung nicht zulassen, die gegen die ihnen übergebenen Friedensvorschläge zu verurteilen. Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben. Sie haben durch Taten ihre

Anhänglichkeit an den Frieden

nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914. Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gedrohte Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Inangriffnahme ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Dieser angebliche Vorschlag, der, jeden greifbaren Inhalt und jeder Genauigkeit entbehrend, durch die kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegesmanöver. Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Für die Vergangenheit übertrifft die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, hervorgerufen und verwirklicht worden ist durch

Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Im Haag war es ein deutscher Vertreter, der jeden Vorschlag der Abklärung ablehnte; im Juli 1914 war es Oesterreich-Ungarn, das, nachdem es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesem den Krieg erklärte, trotz der sofort erlangten Genehmigung. Die Mittelmächte haben darauf alle Versuche zurückgewiesen, die von der Entente gemacht wurden, um dem kriegerischen Streite eine friedliche Lösung zu verschaffen. Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, die Bitte des Kaisers von Rußland an den deutschen Kaiser um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn am Vorabend des Konfliktes zustande gekommene Einvernehmen (entente) — alle diese Anstrengungen sind von Deutschland ohne Antwort und ohne Folge gelassen worden.

Alle diese Anstrengungen wurden seitens Deutschlands ohne Antwort und ohne Folge gelassen.

Belgien

wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte, und das sich nicht scheute, selbst zu erklären, daß Verträge „gegen Papier“ wären und daß „Kot kein Gebot“ lautet. Für die Gegenwart läßt sich das Anerbieten Deutschlands auf eine ausschließlich europäische „Kriegsfrage“, die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können, und nun nach zwei Jahren bemerken, daß sie es niemals erreichen werden. Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwundungen, die zahlreichen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Ehre, Wiedergutmachungen und Bürgschaften (sanction, reparations, garanties).

Deutschland weicht läßt dem einen wie dem anderen ab. In Wirklichkeit ist die durch die Centralmächte gemachte Eröffnung weiter nicht, als ein wohlberechneter Versuch, auf die Entwicklung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen

deutschen Frieden

aufzuwürgen. Sie beachtet, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer schon mit bewundernswerter Festigkeit geantwortet und die Falschheit der feindlichen Erklärung ins Licht gestellt. Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken,

die schwer geprüft sind, schon durch ihre Verluste, gerührt durch die wirtschaftliche Not und zusammengedrückt unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird. Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheiten preisgibt. Sie versucht endlich, vor den Augen der Welt im voraus die neuen Verbrechen des Niederstichkrieges, die Verschleppung von Arbeitern und die gewalttätige Aushebung von Staatsangehörigen gegen ihr eigenes Land, sowie die Verletzung der Neutralität zu rechtfertigen.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeit der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Uebereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem

Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedenkung

zu befassen. Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange sie nicht die Gewähr haben für Wiederherstellung (Reparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Völkerrechtes der Nationalitäten und der freien Geltung der kleinen Nationen, solange sie nicht über eine Regelung, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die seit langem die Völker bedrückt haben, und die einzig wirklichen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben.

Die alliierten Mächte halten darauf, zum Schluß die folgenden Betrachtungen anzustellen, die die eigentümliche Lage hervorheben sollen, in der sich

Belgien

nach 2 1/2-jährigem Kriege befindet: kraft der durch die fünf Großmächte Europas, unter denen sich auch Deutschland befand, unterzeichneten Verträge, erstreckte sich Belgien vor dem Kriege einer besonderen Schutzmacht, die sein Gebiet unverletzlich machte und es selbst unter den Schutz dieser Großmächte bei europäischen Konflikten stellte. Gleichwohl hat Belgien in Rücksicht dieser Verträge den ersten Angriff Deutschlands über sich ergehen lassen müssen. Deshalb hält es die belgische Regierung für notwendig, genau den Zweck auseinanderzusetzen, weshalb Belgien niemals aufgehört hat, in den Kampf an der Seite der Ententemächte für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit einzutreten. Belgien hat immer peinlich die Pflichten beachtet, die ihm seine Neutralität auferlegte. Es hat zu den Waffen gegriffen, um seine Unabhängigkeit und Neutralität zu verteidigen, die durch Deutschland verletzt worden sind, und um seinen internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Am 4. August hat der Reichskanzler im Reichstage anerkannt, daß dieser Angriff ein Unrecht gegen das Völkerrecht sei und hat sich im Namen Deutschlands verpflichtet, es wieder gut zu machen. Seit 2 1/2 Jahren hat sich diese Ungerechtigkeit grausam verschärft durch die Kriegsmassnahmen und eine Besetzung, welche die Hilfsmittel des Landes erschöpft, seine Industrie zugrunde richtet, seine Städte und Dörfer zerstört und die Kirchengebäude, die Einrichtungen und die Einkerkierungen häuft. Und in dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und von Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden weg und bringt sie in Sklaverei. Belgien hat vor dem Kriege nur danach getrachtet, in gutem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn zu leben. Sein König und seine Regierung haben nur ein Ziel: die Wiederherstellung des Friedens und des Rechts. Aber sie wollen nur einen Frieden haben, der ihrem Lande berechtigete Wiedergutmachungen (reparations), Garantien und Sicherheiten für die Zukunft verbürgen würde.

Zu diesem Bericht bemerkt W. L. D.: „Ein endgültiges Urteil über diese durch die Havasagentur übermittelte Note wird erst möglich sein, sobald der offizielle Wortlaut hier überreicht worden ist.“

Diese Bemerkung des offiziellen Nachrichtenbureaus mahnt zur Vorsicht bei der Beurteilung des vorstehenden Schriftstücks. Es enthält dem Wortlaut nach eine Ablehnung, ob aber diese Ablehnung eine unbedingte ist, läßt sich nicht ohne weiteres erkennen. Oder, genauer ausgedrückt: es läßt sich nicht leicht entscheiden, ob nur ein Versuch vorliegt, die Ablehnung von Verhandlungen vor den eigenen friedensbedürftigen Völkern zu entschuldigen, oder ob es sich um einen in die Form einer Strafpredigt gekleideten Taftversuch handelt.

In dem Schriftstück der „Agence Havas“ ist trotz aller Schärfe der Ausdrucksweise von Eroberungs- und Verschleppungsabsichten nicht die Rede. Nichts von Ghoy, Voithringen, von Polen, Ostpreußen, Triest, Konstantinopel oder von einer allgemeinen Kriegsentschädigung. Nur von Belgien. In dieser Beziehung kann sich das gegnerische

Dokument auf eine Erklärung des Reichskanzlers berufen, die später auch von der sozialdemokratischen Fraktion wieder aufgenommen und unterstrichen worden ist. Es hätte dazu auch noch erwähnt werden können, daß Herr v. Bethmann noch am 9. November v. J. erklärt hat, er habe an eine Annexion Belgiens nie gedacht.

Solche Betrachtungen können aber höchstens einen Fingerzeig für die Zukunft bilden. Nachdem der Vorschlag einer Friedenskonferenz von den Gegnern abgelehnt ist, sind die Mittel, die die Regierungen der Centralmächte zur Wiederherbeiführung des Friedens anwenden können, bis auf weiteres erschöpft. Der Krieg dauert fort, und die Verantwortung dafür werden die Staatsmänner der Entente nicht von sich abschütteln können.

Gerade die Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November hätte den Gegnern ein Anlaß sein sollen, die Verhandlungen aufzunehmen: bei ihnen hätten sie ihren eigenen Standpunkt geltend machen können, und eine Verpflichtung, deutsche Gegenvorschläge einfach zu schließen, hätte nicht vorgelegen. Es liegt gar kein Grund vor, anzunehmen, daß diese Verhandlungen zu einem „deutschen Frieden“ hätten führen müssen, wie ihn die Gegner als ihr Ergebnis befürchtet zu haben vorgeben.

Da die Gegner — wenigstens bis auf weiteres — den Krieg fortzusetzen wünschen, bleibt dem deutschen Volke keine Wahl. Es wird sich nicht darüber täuschen lassen, daß hinter der Ablehnung des Friedensvorschlags die Hoffnung steht, Deutschland demnach schließlich niederwerfen zu können. Diese Absicht auch fernerhin zu bereiten, liegt im Interesse des ganzen Volks. Inzwischen wird es vielleicht die Aufgabe der Neutralen sein, zu untersuchen, ob eine Begrenzung des Streitgegenstandes auf Belgien möglich ist und ob sich hier nicht doch vielleicht in absehbarer Zeit die Möglichkeit einer Vermittlung ergeben wird. Sie wird freilich erst dann vorhanden sein, wenn die Kette der Entschädigungen für die Entente nicht abreißt und wenn der Friedenswillen drüben ebenso stark wird, wie er es haben schon längst ist.

So gilt es, weder in der Verteidigung des Reiches noch in der Politik zu erlahmen, die immer neue Wege sucht, um den Krieg zum Abschluß zu bringen. Einmal muß es doch sein, und es soll so bald geschehen, als es ohne Demütigung und dauernde Schädigung des deutschen Reiches möglich ist.

Die Entente-Antwort an Wilson.

Die Agence Havas meldet: Die Antwort an den Präsidenten Wilson steht sehr nahe bevor. Sie wird umfassender sein und im einzelnen Entscheidung und Ende des Krieges auseinandersetzen.

Man sagt, daß sie von einer Erklärung der belgischen Regierung begleitet sein werde, in der der amerikanischen Nation die Dankbarkeit für die erwiesenen Dienste und für die Zukunft des Vertrauens auf ein freundschaftliches Zusammenarbeiten ausgedrückt werde.

Eine Erklärung Rodoslawows.

Sofia, 31. Dezember. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, hat in der gestrigen Abend Sitzung der Sobranje Ministerpräsident Rodoslawow eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

Ich vernehre, daß das Wort Bulgariens vollbracht ist. Denjenigen, welche behaupten, wir forderten zu viel, antworte ich, daß wir keine Phantasten sind. Wir kennen die Ansprüche des bulgarischen Volkes. Aus dem königlichen Manifest anlässlich der Kriegserklärung sind Ihnen die Ansprüche Bulgariens bekannt, und ich halte mich daher nicht für verpflichtet, jedem Gegner Antwort zu geben.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bemerkte Rodoslawow: Alle deutschen und österreichisch-ungarischen Offiziere, die sich in Bulgarien befinden, unterstehen dem bulgarischen Kommando.

Das Verkehrsleben im Lande besprechend, sagte Rodoslawow, daß die Eisenbahnen, Post und Telegraphen sowie die Bergwerke sämtlich in militärischer Verwaltung und im Dienste des gemeinsamen Wertes ständen.

Zum Friedensangebot sagte Rodoslawow, daß das Angebot in den neutralen Ländern mit Begeisterung aufgenommen worden sei, nach der Schweiz auch in den skandinavischen Ländern, und erklärte: Ich bin darüber informiert, daß auch Holland und Spanien sich anschicken, den Schritt des Präsidenten Wilson zu unterstützen. Wir sind bereit, fuhr er fort, Frieden zu schließen, denn wir wollen den Krieg beenden. Wir werden Zugeständnisse machen im Namen der Menschlichkeit und zum Heile aller Nationen. Der Ministerpräsident schloß: Ich bin im Besitze von Aktenstücken, die beweisen, daß unsere Gegner unser Recht und das, was wir verlangen, anerkennen.

Die belgischen Sozialisten in Holland für den Frieden.

Suyssmanns für Wiederaufnahme internationaler Beziehungen.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Am 1. Weihnachtstag hat hier der Bund der belgischen Arbeiter seine erste Konferenz abgehalten. Die junge, vor drei Monaten ins Leben gerufene Vereinigung hat trotz der Anfeindungen von nationalistischer Seite und herrlicher Intrigen einen raschen Aufschwung genommen. Sie zählt in sechs Abteilungen schon weit über 1000 Mitglieder. Drei neue Abteilungen werden demnächst konstituiert werden. Im Bericht des Bundessekretärs wird auf die Anfeindungen, die der Sozialismus in den Kreisen der Flüchtlinge und selbst an der Front erfährt, hingewiesen und gesagt:

„Was die belgische Presse in der Fremde schreibt, propagiert sie für die Arbeiter nicht viel Gutes. Wir sind verpflichtet, demgegenüber klar und deutlich zu erklären, daß wir keinen Haß und keine Rache wollen. Unser einziger Feind ist das kapitalistische System. Unser Standpunkt ist: Belgien, so wie es vor August 1914 war.“

Besonderen Beifall fand die Stelle des Berichts, die angeht das gegen Genossen Suyssmanns geführte Verleumdungsgeldvergehen dieses Genossen das Vertrauen auspricht. Der Bericht klang in den Worten aus: Es lebe die Internationale, es lebe der Weltfrieden!

Die Eröffnungsrede hielt Genosse Suyssmanns, der sich zunächst gegen die flämischen Arbeiter und mit gleicher Schärfe gegen die Annexionisten aussprach. Jeder die Friedenspolitik sagte er, daß er Optimist sei. Er habe den Eindruck bekommen, daß das deutsche Angebot nicht abgewiesen sei. Man hat gesagt: das Angebot ist nichts als ein Mandat. Nun, man kann dann dieses Mandat nicht besser entlarven, als wenn man mehr Klarheit, eine Präzisierung der Bedingungen fordert. Wir vom Bund haben darum mit Freude die Initiativen von Millionen begrüßt. Die Zeit ist gekommen, daß in allen Ländern die Sozialisten für Mäßigung eintreten. Die Zeit ist da, daß die Mitglieder der Internationale zusammengeführt werden, was auch die bürgerlichen Parteien davon sagen mögen.“

Zum Schluß der durchaus in Harmonie verlaufenen Konferenz wurde die — telegraphisch an alle sozialistischen Parteien mitgeteilte — Resolution, die den Frieden um jeden Preis ablehnt, aber die Regierungen mahnt, das Friedensangebot nicht unbedingt abzulehnen und Willen Zustimmung und Anerkennung ausdrückt, einstimmig angenommen.

Der Entente-Knebel für Griechenland.

Athens, 1. Januar. Meldung der Agence Havas. Die Gelanden der drei Schutzmächte haben gestern, am 31. Dezember, folgende Note unterzeichnet, die der griechischen Regierung überreicht werden soll:

Die Gefandten Frankreichs, Großbritanniens und Russlands als Vertreter der Schutzmächte Griechenlands haben mit Genehmigung von der Antwort Kenntnis genommen, die ihnen auf ihre Mitteilung vom 1. Dezember 1916 gemacht worden ist. Sie haben die Ehre, der griechischen Regierung im Auftrage ihrer Regierungen folgende Bürgerrechts- und Genehmigungsforderungen zu unterbreiten:

Bürgerrechte.

1. Die griechischen Streitkräfte auf dem griechischen Festlande und im allgemeinen in allen Gebieten außerhalb des Peloponnes werden auf denjenigen Mannschaftsstand herabgesetzt, der unumgänglich nötig ist für den Ordnung- und Polizeidienst. Alle Waffen und Munition, welche das diesen Stande entsprechende Maß überschreiten, werden nach dem Peloponnes gebracht, wo auch alle Maschinen- und Gewehre und die gesamte Artillerie des griechischen Heeres mit ihrer Munition, so daß nach Beendigung der Heeresführung außerhalb des Peloponnes weder Kanonen, noch Maschinengewehre, noch Material verbleiben. Die Kräfte für die Ausführung werden im gemeinsamen Einvernehmen festgesetzt, sobald die griechische Regierung die Truppen und Materialverschiebungen im Grundsatze angenommen hat.

Die so geschaffene militärische Lage bleibt so lange bestehen, als die alliierten Regierungen es für nötig halten, und zwar unter Überwachung besonderer Delegierter, die von ihnen für diesen Zweck bei den griechischen Behörden delegiert werden.

2. Verbot aller Vereinigungen und Versammlungen von Reservisten in Griechenland nördlich von der Landenge von Korinth. Strenge Durchföhrung des Verbots für alle Zivilpersonen, Waffen zu tragen.

3. Wiederherstellung der verschiedenen Aufsichtsbefugnisse der Alliierten in einer Form, die im Einklange mit der griechischen Regierung hergestellt wird, um sie so wenig lästig wie möglich zu gestalten.

Genehmigung.

4. Alle aus politischen Gründen, wegen Hochverrats, Verleumdung, Aufreizes und ähnlicher Dinge festgehaltenen sind sofort freizulassen. Diejenigen, welche infolge der Ereignisse vom 1. und 2. Dezember und der folgenden Tage ungewolltweise gelitten haben, werden nach einer Untersuchung, welche im Einklange zwischen der griechischen Regierung und den Alliierten geführt wird, entschädigt.

Norwegen und die Friedensaktion.

Die norwegische Note zur Unterstützung der Friedensverhandlungen, welche mit der schwedischen und der dänischen gleich lautet, ist am Sonntag in Wien überreicht worden.

Bethmann — Czernin.

Zwischen dem Reichskanzler und dem neuen österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin, hat zu Neujahr ein Tedeidenwechsel stattgefunden.

Graf Czernin sagt in seinem Telegramm u. a.:

„Unserer Kraft bewahrt und vertrauensvoll auf unser Recht, unsere Existenz zu verteidigen, haben wir die Hände zur Verhandlung erhoben. Mit Gottes Hilfe werden wir den schweren Kampf bis zum endlichen Siege durchkämpfen, falls unsere Feinde sich heute noch von der Unsichtbarkeit ihrer Eroberungspläne nicht überzeugen lassen wollen und der Menschheit die Segnungen friedlicher Arbeit noch weiter vorenthalten.“

In der Antwort des Reichskanzlers heißt es: „Gott, der Allmächtige, wolle Seiner Reichheit Regierung lassen und sie im neuen Jahre des Glückes teilhaftig werden lassen, den Völkern Oesterreich-Ungarns nach hartem, reichem Kampfe den ersehnten ruhmollen Frieden wiederggeben.“

Tisza lobt Oesterreichs neuen Kurs.

Budapest, 1. Januar. In seiner Neujahrsansprache spendete Ministerpräsident Graf Tisza der neuen österreichischen Regierung höchstes Lob, da sie die Parität zwischen Oesterreich und Ungarn befestigen wolle. Er fuhr fort:

„Dies ist eine Erscheinung, von der ich nur gewünscht hätte, daß sie schon früher erfolgt wäre, und wir können diesen Kurs nur mit der größten Freude begrüßen. Eine solche Richtung in Oesterreich ist der größten Sympathie und Unterstützung Ungarns würdig und kann freis unbedingt auf die Unterstützung der ungarischen Regierung, wo es ihr nur möglich ist, rechnen. Wenn irgend jemand Zweifel hegt hat, ob es im Interesse Ungarns sei, daß Oesterreich sich innerlich stärke, so konnte man aus den Erfahrungen dieses Krieges unbedingt die Lehre ziehen, daß je schwächer Oesterreich, in desto höherem Maße von Ungarn Opfer gefordert werden.“

Dieses Lob ist nicht ohne Vorbehalt und von starkem ungarischem Selbstgefühl getragen.

Das Staatseinkommen aus Kriegsgewinnen.

Das englische Schatzamt veröffentlicht die Staatseinkommen des Vereinigten Königreiches vom 1. Oktober bis 31. Dezember: sie betragen 129 217 712 Pfund Sterling gegen 64 390 510 Pfund Sterling im gleichen Zeitraum 1915. Die Steuer auf Mehrgewinne hat 48 443 000 Pfund Sterling eingebracht.

Also mindestens drei Viertel der staatlichen Einnahmen stammen aus Kriegsgewinnen.

Vertagung des französischen Parlaments.

Die Kammer hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Es wurde dem Präsidenten überlassen, sie wieder zusammenzuberufen.

Der Senat hat sich Sonntag vormittag zu einer Sitzung auf den neunten Januar vertagt.

Oesterreichisch-bulgarische Weistbegünstigung.

Aus Sofia meldet Wolffs Bureau: Die bulgarische und die österreichisch-ungarische Regierung haben Noten ausgetauscht bezüglich einer Verlängerung der Anwendung der Weistbegünstigungsklausel in den Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und der Monarchie während des Jahres 1917.

Französische Bahnverkehr-Einschränkung.

„Laut Temps“ werden die französischen Eisenbahnen demnächst die noch bestehende Zahl von Personenzügen erheblich einschränken. Wie die Gesellschaft Paris-Lyon-Mediterranée dem „Temps“ mitteilte, sind die Eisenbahnen infolge Kohlen- und Materialmangels zu dieser Maßnahme gezwungen. Die von den Personenzügen befahrenen Strecken waren in den beiden letzten Jahren gegenüber der Friedenszeit bereits um vierzig Prozent eingeschränkt.

General Saig ist, wie Reuters meldet, für ausgezeichnete Dienste zum Marschall ernannt worden.

Kamerunischen am japanischen Handelsmittels.

Zwei Interpellationen des Senats, die sich auf das Dekret der Verleihung des Handelsmittels an Japan bezogen, haben am Freitag in der französischen Kammer zu erregten Szenen geführt. Viviani verlangte in Vertretung Briand's Verlegung der Interpellationsdebatte. Dagegen wandten sich die Interpellanten. Der Sozialist Daquila sagte: „Jawohl, wir haben ein Recht zu erheben, worum man zur höchsten militärischen Würde einen Mann erhob, der seinen Anteil an der Verantwortlichkeit für die fortwährende Anwesenheit des Feindes in Nordafrika hat.“ Dem Dekret war die Zustimmung des Parlamentes vorbehalten. So erregte es jetzt lebhaftest Unruhe in ganz Paris, als Viviani erklärte: „Es möge vorerst dahingestellt bleiben, wer den Irrtum verschuldet, daß das Parlament zur Ratifizierung des Dekrets berufen sei. Die Regierung hielt sich berechtigt, im Wege der dem braven Soldaten Joffre mit Zustimmung des ganzen Landes und des Senats die Marischallwürde zu verleihen.“ Der radikale Sozialist Kérambrun erwiderte: „Ich wiederhole, das Dekret ist ungesetzlich.“ Kriegsminister Thaurin erklärte: „Es war mit einer hohen Ehre, den Namen auszuzeichnen, der den bewundernswürdigen Widerstand Frankreichs, die Grundlage unserer Hoffnungen symbolisiert.“ (Zuruf aus der äußersten Linken: „Warum haben Sie ihm dann den Oberbefehl entzogen?“) Bei der namentlichen Abstimmung wurde die Verlegung der Debatte mit 401 gegen 95 Stimmen beschlossen.

Französischer Panzer durch U-Boot vernichtet.

Die „Adriatische Zeitung“ meldet von der schweizerischen Grenze: Das französische Marineministerium gibt bekannt: Das Panzerschiff „Gaulois“ ist am 27. Dezember im Mittelmeer von einem U-Boot torpediert worden. Das Schiff sank in einer halben Stunde. Dank der bis zum letzten Augenblick an Bord herrschenden Disziplin und Kaltblütigkeit aller und der raschen Ankunft von Patrouillenschiffen an der Unglücksstelle beträgt die Zahl der Opfer vier Matrosen, wovon zwei durch Explosien getötet wurden.

„Gaulois“ (sprich Goloa) ist ein älteres Linienschiff aus dem Jahre 1896. Seine Größe beträgt 11 290 Tonnen. Die Friedensbesatzung 633 Mann. Die Besatzung vier 305 Zentimeter-Kanonen und entsprechend mittlere und kleinere Kaliber, die Geschwindigkeit 18 Knoten.

Der Kriegsverlust der norwegischen Handelsflotte.

Kopenhagen, 31. Dezember. „Nationaltidende“ meldet aus Christiania: Die norwegische Handelsflotte hat am Jahresschlusse einen Gesamtverlust von 272 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 367 000 Tonnen und einer Kriegsverlustsumme von 200 Millionen Kronen zu verzeichnen.

Perzent. Der holländische Dampfer „Stuanswaal“ ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen. Er wird vom Dampfer „Koorndijk“ unterstützt. Beide sind unterwegs nach Bremer Watermen. Schlepper sind zur Unterstützung abgegangen. Landungsboote: Man glaubt, daß der englische Dampfer „Horsaker“ versenkt worden ist. Der englische Dampfer „Adelehan“ ist versenkt worden, seine Besatzung gesalvet, der Kapitän als Geislaneer an Bord des Unterseebootes gebracht. Ferner sollen nach Angabe der norwegische Segler „Kosmo“ und die norwegischen Dampfer „Hera“ und „Rystrand“ versenkt worden sein. Wände meldet weiter: Der norwegische Dampfer „Ehara“ ist versenkt worden; dreizehn Mann der Besatzung sind gesalvet. Das englische Segelschiff „Harry W. Adams“ ist ebenfalls versenkt worden.

Siegreiche Kämpfe in den Duzen-Sumpfen.

Telegramm unieres Kriegsberichterstatters Dr. A. Köster.

Armeeoberkommando Falkenhahn, 29. Dezember.

Mit wilder Energie verteidigen die jenseits Minnicul-Sarat zurückgeworfenen Russen jeden Fußbreit Boden, der sie näher an den Sereth drängt. Als Meister in Rückzug und Verteidigung wählen sie sich nach jeder Niederlage in neue rückwärtsige Stellungen ein und führen von dort frische Kräfte zu rücksichtslosen Gegenangriffen herbei. Auch nach dem Verlust der Minnicul-Stellung hatten sie Befehl, koste es, was es wolle, Widerstand zu leisten. Dennoch gelang es norddeutscher und süddeutscher Infanterie, in zähem Ringen den Gegner weiter zurückzudrängen.

Während so die Mitte der 9. Armee weiter Gelände gewann, kämpfte sich der rechte Flügel auch am 28. unter jähwierigsten Geländebedingungen tapfer vor. Das Kampfgebiet ist hier durch weite Sumpfstrecken zur Verteidigung wie geschaffen. Drei ausgedehnte Seen mit sumpfigen Ufern bilden mit zahllosen Windungen des sich nördlich schlängelnden Duzen-Flusses vortreffliche Widerstandsabschnitte. Vom nördlichen der drei Seen zieht sich über Boldsul westlich bis Minnicul-Sarat eine zusammenhängende sumpfige Niederung. An Straßen stehen im ganzen Abschnitt nur schmale Feldwege zur Verfügung, die bei Regen verunreinigen. Der Frost der letzten Tage hat nur die Oberfläche mit einer dünnen harten Schicht bedeckt, dennoch wurden auch in diesem Abschnitt am 28. hervorragende Erfolge erzielt. In heftigen Nachhütgefechten wurde der Russe aus den Sümpfen gestossen. Fast die ganze Seenplatte liegt heute hinter uns. Die Front der 9. Armee, von Nordwest nach Südost streichend, rückt auf ganzer Linie vor.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Die Türken beschießen Tenedos.

Konstantinopel, 30. Dezember. Bericht vom 30. Dezember.

Die Insel Tenedos, die vom Feinde besetzt ist, wurde von unserer Artillerie unter wirksamem Feuer genommen. Eins unserer Flugzeuge nahm mit Erfolg an der Beschießung teil. Der Feind hießte die hellenische Flagge und das rote Kreuz, um uns zur Einstellung des Feuers zu veranlassen. (Tenedos liegt südlich des Eingangs zur Dardanellenstraße.)

Konstantinopel, 31. Dezember. Amtlicher Bericht.

Kein Ereignis von Bedeutung an den Fronten.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige werden gesucht zur Verwendung im besetzten feindlichen Gebiet, und zwar:

Für Schreiber und Botendienst bei militärischen Kommandos und Verwaltungsbüros, zur Bewachung von Anstalten, zur Beschäftigung in militärischen Wirtschaftsbetrieben jeder Art, in Soldatenheimen und Lazaretten.

Es wird zunächst ein vorläufiger Arbeitsvertrag mit 14 tägiger Kündigung abgeschlossen. Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten:

freie Verpflegung und Unterkunft, freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück, freie Benutzung der Feldpost, freie ärztliche und Lazarettbehandlung, militärische Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, falls die Art der Beschäftigung es nötig erscheinen läßt.

Die Höhe des Lohnes oder Gehalts wird nach Arbeitsart und -dauer sowie nach der Leistung festgesetzt; eine auskömmliche Bezahlung wird gesichert.

Im Falle des Bedürfnisses werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu verbleibende Familienangehörige.

Die Verjüngung Hilfsdienstpflichtiger, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, und ihrer Hinterbliebenen wird noch besonders geregelt.

Die auf Grund dieser Meldungen im Etappen- und Operationsgebiet verwendeten Hilfsdienstpflichtigen rechnen im allgemeinen zum Heeresfolge und unterstehen insoweit den Kriegsgesetzen.

Meldungen nimmt die unterzeichnete Kriegsamtsstelle bis 10. Januar 1917 entgegen.

Es sind beizubringen:

Polizeilicher Ausweis mit Photographie, etwaige Militärpapiere, Beschäftigungsausweis oder Arbeitspapiere, erforderlichenfalls eine Bescheinigung gemäß § 9 Absatz 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Ablechtsein), Angabe, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten kann.

Der Vorstand der Kriegsamtsstelle im Bezirk des Oberkommandos in den Marken.

Eisenbahnunglück bei Hamburg.

Am Sonnabend gegen 6 1/2 Uhr abends fuhr auf der Bergedorfer-Geschäcker Eisenbahn ein Personenzug mit voller Gewalt auf einen mit etwa vierhundert Personen, hauptsächlich Fabrikarbeitern, besetzten Zug auf, so daß die Lokomotive und die ersten Wagen zertrümmert in die Höhe sprangen. Die erste Meldung sagte über den Umfang des Unglücks: Getötet wurden sechs bis sieben Personen, schwerverletzt 18 bis 20, leichtverletzt 70 bis 80. Von diesen wurden sechs mit Verwundungen nach Hamburg gebracht, die übrigen in das Bergedorfer Krankenhaus. In der Unfallstelle waren Frontiere, die Hamburger Feuerwehr und ein Hilfszug mit drei Waggons aus Altona tätig. Am Sonntag konnten die Schrecken der ersten Nachricht wenigstens etwas eingeschränkt werden. Ein Wolffsches Bericht teilte mit: Das Eisenbahnunglück auf der Bergedorfer-Geschäcker Eisenbahn auf Bahnstrecke Bergedorf-Bühl hat weniger Opfer gefordert, als bei der ersten Mitteilung angegeben, da viele Chammachtige, für schlaf oder schwer verletzt gehalten sich wieder erholt haben. Bis Sonntag morgen waren 2 Tote, 7 Schwerverletzte und 18 mehr oder minder schwer Verletzte gestorben; bei einigen mußten, um sie aus ihrer Lage zwischen den Trümmern zu befreien, Amputationen vorgenommen werden; dann wurden sie im Krankenwagen des Hilfszuges sachgemäß verbunden. Augen bei beiden Maschinen sind 7 Wagen stark beschädigt, die sich ineinander gehockt hatten, der Materialschaden ist erheblich. Sonntag morgen um 6 Uhr war das Gleis wieder frei.

